

KW10 Gesundheit und Soziales

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 05.02.2020
Tagesordnungspunkt: 2.10. Gesundheit und Soziales

Text

1 Düsseldorf ist eine Stadt, in der alle miteinander gut leben können. Unsere
2 Ziele sind eine solidarische Sozialpolitik und ein gesundes und ein vielfältiges
3 Düsseldorf, das sich aktiv gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt. Wir
4 GRÜNE wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können,
5 unabhängig von ihrem Alter, ihrem Einkommen oder möglichen körperlichen und
6 geistigen Einschränkungen. Das ist für uns soziale Teilhabe und soziale
7 Verantwortung. Wir setzen uns für frühzeitige und präventive Maßnahmen gegen
8 soziale Spaltung und für Menschen mit besonderen Lebenslagen ein.

9 Auch für die gesunde Stadt Düsseldorf sind präventive Ansätze zur
10 Gesundheitsförderung und -erhaltung entscheidend. Dabei ist Gesundheit für uns
11 GRÜNE ein echtes Querschnittsthema, das sowohl mit den Umweltbedingungen als
12 auch den sozialen Bedingungen der Bürger*innen zusammenhängt.

13 GRÜN wirkt

14 Mit der Beschäftigungsförderung haben wir die städtische Unterstützung von
15 Langzeitarbeitslosen wieder neu aufgebaut und insbesondere mit den Projekten der
16 „Sozialen Stadt“ in Rath und Wersten verknüpft. Die Angebote der
17 Schuldnerberatung haben wir ausgebaut.

18 Die wachsende Alterseinsamkeit und Altersarmut haben wir zum Thema gemacht, und
19 erarbeiten konkrete Maßnahmen. Ebenso ist die Weiterentwicklung der „Zentren
20 Plus“ für bessere Beratung und Begegnung von Senior*innen angestoßen und das
21 Projekt „Altern unter'm Regenbogen“ für ein offenes gemeinsames Leben im Alter
22 gestartet.

23 Darüber hinaus haben wir viele kleinere und größere Projekte initiiert und
24 finanziert, beispielsweise die Ehrenamtskarte, die interkulturelle
25 Präventionsarbeit der AIDS-Hilfe, die Richtlinien HIV / Aids für respektvolles
26 und aufgeklärtes Miteinander in der Verwaltung, die Hebammenzentrale, die
27 medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere, eine professionelle Beratung
28 bei Trans*Geschlechtlichkeit, das neue Suchtkrankenhilfekonzert und die Prüfung
29 einer lizenzierten Cannabis-Abgabe, für die wir uns weiter auf Bundesebene
30 einsetzen.

31 GRÜNE Vision

32 Niedrigschwellige Beratung und Präventionssysteme: Unsere Hilfssysteme sind für
33 die Menschen, die Hilfe benötigen, nicht immer leicht zugänglich. Gerade die
34 differenzierten Beratungssysteme sind teilweise nicht niederschwellig. Wir
35 werden überprüfen, was fehlt und je nach Bedarf Angebote hin zu ganzheitlichen
36 und auf die Menschen zugehenden Beratungsangeboten entwickeln. Die Informationen
37 der Stadt wollen wir schrittweise auch in Leichter Sprache bereitstellen.

38 Im Quartier leben: Soziale Teilhabe und Verantwortung beginnt im Quartier und
39 hier können die Menschen in allen Lebenslagen am besten erreicht werden. Von der

40 Krabbelgruppe über die Beschäftigungsförderung bis zur Altenpflege: Wir wollen
41 die integrierte Quartiersentwicklung zum zentralen Baustein der Düsseldorfer
42 Sozial- und Gesundheitspolitik machen. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

43 Als Familie in Düsseldorf leben: Kinder, Eltern, Großeltern brauchen besondere
44 Unterstützung. Für einen guten Start ins Leben setzen wir uns für eine
45 Verbesserung der Situation der Hebammen und für den Ausbau der präventiven
46 Dienste und Hilfen ein. Wir wollen die Betreuungsangebote in Kitas und Schulen
47 weiter verbessern und die Anlaufstellen und Treffpunkte für Jugendliche weiter
48 ausbauen (Hier Hinweis auf Kapitel Jugend und Schule). Darüber hinaus sind uns
49 beispielsweise auch familienfreundliche Sprech- und Öffnungszeiten in
50 städtischen Einrichtungen sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für
51 Alleinerziehende wichtig.

52 Älter werden in Düsseldorf – selbstbestimmt bleiben. Wir stehen für eine
53 Politik, die gemeinsam mit den Düsseldorfer*innen die Lebensrealität älter
54 werdender Menschen positiv gestaltet und das Miteinander der Generationen
55 fördert. Dabei nehmen wir nicht nur die Probleme, sondern vor allem die
56 Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen in den Blick.

57 Die Düsseldorfer*innen werden - zum Glück - immer älter. Deshalb halten wir es
58 für zwingend notwendig, künftig ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse
59 dieser Menschen zu richten.

60 Im Miteinander der Generationen wollen auch die älteren Menschen in unserer
61 Stadt würdevoll ihre Rechte wahrnehmen können. Hierbei müssen wir insbesondere
62 auf die Vielzahl der alleinlebenden Senior*innen achten und entsprechende
63 Angebote vorhalten. Die "Zentren Plus" sind eine Erfolgsgeschichte, die wir
64 weiter ausbauen werden.

65 Wir wollen die Angebote von der Unterstützung bis zur Pflege weiter verbessern,
66 ambulant wie stationär. Dazu gehören niedrigschwellige Hilfen wie beispielsweise
67 der Begleitservice der Rheinbahn oder das Programm „Wohnen für Hilfe“ ebenso wie
68 die Modernisierung und der Ausbau der vollstationären Pflege. Wir legen den
69 Fokus dabei auf das vorhandene Wohnumfeld und wollen durch die integrierte
70 Quartiersentwicklung möglichst vielen Düsseldorfer*innen ein Älterwerden in der
71 eigenen Nachbarschaft ermöglichen. (Hier Verweis auf das Kapitel Quartier)

72 Für die Entlastung pflegender Angehöriger wollen wir die Angebote der
73 Hilfeinrichtungen weiter ausbauen, Beratungsangebote, Selbsthilfegruppen,
74 Tages-, Nacht- und Urlaubspflege verstärken.

75 Gemeinsam mit den Verbänden und Trägern der Seniorenarbeit kann die Stadt das
76 Thema Pflegeberufe noch weiter nach vorne bringen. Um neue Seniorenzentren und
77 Pflegeheime zu ermöglichen, wollen wir mehr städtische Grundstücke bereitstellen
78 und Investor*innen auch bei Projekten der Nachverdichtung für das Thema
79 gewinnen.

80 Die Begegnungs- und Beratungsstellen "Zentren Plus" werden wir weiterentwickeln,
81 auch um das Thema Senior*innen mit Migrationshintergrund aufzugreifen, aber auch
82 um die Einbindung ins Quartier stärker voranzutreiben. Geprüft werden muss in
83 diesem großen Zusammenhang auch, ob die bisherigen "Zentren Plus" personell
84 aufgestockt werden müssen. Auch das gerade initiierte Wohnungstauschprogramm
85 sollte im Rahmen der "Zentren Plus" umgesetzt werden.

86 Große Aufmerksamkeit werden wir auf die Gestaltung der barrierefreien Quartiere
87 und Plätze, Haltestellen, Straßen, Wohnungen und Begegnungsorten legen. Gerade
88 im Straßenverkehr und im öffentlichen Personennahverkehr ist noch viel zu tun:
89 viele Ampelschaltungen haben zu kurze Grünphasen für Fußgänger*innen, der Ausbau
90 der Haltestellen mit Audioansagen und besserer Beleuchtung muss vorangetrieben
91 werden.

92 Menschen mit Behinderungen müssen noch mehr Gehör für ihre Belange in unserer
93 Gesellschaft finden und ihre Bedürfnisse müssen noch besser berücksichtigt
94 werden. Dazu stärken wir den Beirat für die Belange von Menschen mit
95 Behinderungen und berücksichtigen das Thema noch stärker als Querschnitt in
96 allen Fachbereichen. Im Öffentlichen Nahverkehr, im Straßenraum und auf
97 öffentlichen Plätzen wollen wir bei allen Planungen und Baumaßnahmen die
98 vollständige Barrierefreiheit erreichen. Im Bestand setzen wir uns für einen
99 schnelleren Umbau und für konsequentere Kontrollen ein, beispielsweise gegen
100 Gehwegparken. Bei der Beschäftigungsförderung werden wir Menschen mit
101 Behinderungen ebenfalls stärker in den Blick nehmen.

102 Die Präventionsangebote gegen Sucht und Gewalt wollen wir weiterentwickeln und
103 ausbauen. Die Angebote der Präventionsarbeit sollen verstärkt in Schulen
104 vorgestellt werden. So bietet beispielsweise das Trebecafé (ein Angebot für
105 wohnungslose Mädchen) ein Programm für Schulklassen an. Dort wird die
106 Persönlichkeit der Schüler*innen gestärkt und dabei werden gleichzeitig die
107 Hilfesysteme in der Stadt vorgestellt.

108 Hilfen für Menschen ohne Wohnung: Die Zahl der obdachlosen und wohnungslosen
109 Menschen steigt wieder. Durch den hohen Bedarf an Wohnungen wächst die Gefahr,
110 dass Menschen mit geringen Einkünften und besonderen persönlichen Problemen kaum
111 noch Wohnungen finden. (Mehr zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit im Kapitel
112 Wohnen)

113 Für die Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen obdachlos oder
114 wohnungslos geworden sind, wollen wir die Hilfesysteme bedarfs- und
115 zielgruppenorientiert ausbauen:

- 116 • Das Streetwork-Konzept, das größtenteils kommunal finanziert ist, wollen
117 wir mit den Trägern der Streetwork-Angebote und der Wohnungslosenhilfe
118 überprüfen und bei Bedarf neu aufstellen.
- 119 • Der Runden Tisch gegen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit soll ebenso
120 wie andere Beteiligungsformate weiterhin stattfinden. Hierbei sind
121 Fachleute neben möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen in den Prozess
122 einzubeziehen.
- 123 • Die Plätze in den Notschlafstellen und Unterkünften sollen so gut
124 ausgebaut werden, dass die Winternothilfe zukünftig überflüssig wird.
125 Insgesamt muss es genügend Reserveplätze geben, auch abgestimmt mit
126 Unterkünften für geflüchtete Menschen.
- 127 • Digitale Informationen können neben den bereits existierenden Broschüren
128 und Flyern zur Information obdachloser und wohnungsloser Menschen helfen,
129 beispielsweise eine „Kälte-App“ nach Wiener Vorbild. Regelmäßige Kampagnen

130 für die Belange obdachloser und wohnungsloser Menschen sind ein weiterer
131 Ansatz.

132 • Die Hilfen und Angebote für obdachlose und wohnungslose Frauen wollen wir
133 entsprechend des gestiegenen Bedarfs ausbauen, mit einem neuen Standort
134 für die Frauen-Notschlafstelle inklusive eines Tagesaufenthalts,
135 speziellem Streetwork und zusätzlichen Frauenplätzen im Obdach.

136 • Für wohnungslose Menschen aus EU Staaten, die formal keinerlei Hilfen in
137 Anspruch nehmen können, haben wir 2019 erste städtische Not-Angebote
138 aufgebaut, die wir verbessern und ausbauen wollen.

139 • Für psychisch erkrankte Menschen müssen besondere Plätze in den
140 Unterkünften ausgebaut werden, in Kooperation zwischen den zuständigen
141 Ämtern und Trägern.

142 Menschen mit psychischen Erkrankungen/Auffälligkeiten und ihren Familien wollen
143 wir Krisenanlaufstellen ermöglichen, die neben den bestehenden
144 Landeskrankenhäusern und ihren ergänzenden ambulanten Strukturen unbürokratisch
145 erste Hilfen schaffen. Auch in den Quartiersstrukturen muss dies
146 Berücksichtigung finden.

147 Auf dem guten Erfolg des Düsseldorfspasses aufbauend, können wir das Angebot zusammen
148 mit den Kooperationspartnern erweitern und bürokratische Hürden beseitigen.

149 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

150 • 1 Keine Armut

151 • 2 Kein Hunger

152 • 3 Gesundheit und Wohlergehen